

Dr. Ermyas Mulugeta

2. Vorsitzender des Beirates; 0151 721 044 53; emu-mat@t-online.de

02. Februar 2021

Der sogenannte "Integrations-"Beirat?

Offener Brief

an die MitgliederInnen der Fraktionen von

**CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/PIRATEN, BVB Freie Wähler-FBB,
FDP/BiK-BiT/IGH, AFD**

im Kreistag Potsdam-Mittelmark,

die **Vorsitzende** des Kreistages **Mirna Richel**

Aufheben der restriktiven gesetzlichen Bestimmungen im Artikel 22 der Hauptsatzung des Landkreises zur grundlegenden Reformierung der Rahmenbedingungen und Instrumente zu der Bildung des "Integrationsbeirats" und dessen Mitwirkungsrechten

1

Werte MitgliederInnen des Kreistages Potsdam-Mittelmark, ich gestatte mir, zu dem genannten Beirat Stellung zu beziehen, da ich mich aus Gesprächen und aus meinem derzeitigen Engagement als zweiter Vorsitzender im Beirat resultierend, in der Verantwortung sehe, um die Einschränkungen und damit einhergehende Ineffektivität dieses rechtlichen Konstrukts als Gremium öffentlich zu machen.

Meiner Auffassung nach ist der derzeitige "Integrationsbeirat" von seiner Konzeption und dessem strukturellen Aufbau, sowie personeller Besetzung und finanzieller Ausstattung her nicht im Stande, eine kompetente, den gesellschaftlichen Herausforderungen gerechte, souveräne und selbstständige sowie kollegiale Arbeitsatmosphäre entstehen zu lassen. Warum?

In der Auseinandersetzung mit diesen Fragen:

**Wie sind die Instrumente zur amtlichen Bekanntmachung vorgesehener Wahl
an mögliche KandidatInnen in der Flächenregion Potsdam-Mittelmark für den
Beirat?**

Was sind die Ansätze sowie die Kriterien für die Benennung der MitgliederInnen des Beirates durch den Kreistag?

Ist die derzeitige festgelegte Wahlbestimmung gemäß §22 Abs. 7 der Hauptsatzung Potsdam-Mittelmark zur Zusammensetzung des MitgliederInnen den Aufgaben des Beirates gemäß §22 Abs. 2 gerecht?

weise ich die MitgliederInnen des Kreistages auf offenkundige Mängel hin, die bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen festgestellt werden, insbesondere auf die Schwierigkeiten hinsichtlich des Zugangs der Betroffenen zu den Wahlbekanntmachungen sowie auf den eingeschränkten Zugang einiger engagierter BewerberInnen dazu.

Ich fordere die KreistagsmitgliederInnen auf, den derzeitigen Zustand des Beirates verantwortend zu erkunden. Denn, so könnte die Bedürftigkeit dessen längst notwendiger Reformierung der strukturellen Rahmenbedingungen hin bis zur demokratischen Legitimierung der Bestimmungen und somit dessen Aufwertung gesehen bzw. festgestellt werden.

Wegweisend empfinde ich diesbezüglich meinen Vorschlag zum §1 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Beirates:

"Der Beirat versteht sich als netzbasierend, lösungsorientiert, koordinierend und strukturbildend arbeitendes Gremium zur Formierung dessen als Interessenvertretung der zugewanderten, im Landkreis lebenden Menschen mit Migrations- und Fluchtbiografien gegenüber Politik, Gesellschaft, Medien, Amts- und Kreisverwaltung."

2

Einige Beispiele für die unzulänglichen Bedingungen in Beiratssitzungen:

- ◆ Gewisse ausgrenzende Argumentationen der Vertreterinnen aus dem "Integrationsbüro" zu dem obigen Textvorschlag bei der Abstimmung,
- ◆ Nicht nachvollziehbare Aussagen über Verwendungsgründe des dem Beirat zur Verfügung stehenden Mittels von 2000 Euro.
- ◆ Nicht konforme Haltung gegenüber der Teilnahme an den nicht-öffentlichen Sitzungen

verdeutlichen den restriktiven Rahmen, der die Selbstständigkeit, die Breitenwirksamkeit und die Sichtbarkeit des Beirates behindert.

Die aus dem eingeschränkten Rahmen resultierenden, rechtlichen Bestimmungen münden in einer erschwerten, gar gestörten Kommunikation mit der Kreis- und Amtsverwaltung

sowie vermehrt in abweisender bzw. ausgrenzender Haltung der Politik gegenüber den zugewanderten Menschen.

Dies deutet auf den fehlenden politischen Willen zur Förderung einer partizipativen, integrativen Zuwanderungsgesellschaft im Landkreis hin. Ich bitte Sie hierzu das Positionspapier (August 2020) des **Loewenherz e.V.** zu lesen¹.

In Anbetracht meiner Erlebnisse und Erfahrungen in Bezug auf das kontradiktorische Handeln der Kommunalpolitik sowie der Kreisverwaltung — auch beziehend auf die Erzählungen mehrerer geflüchteter Menschen über ihre Wahrnehmungen der letzten Jahre — **empfinde ich den sozialpolitisch ausgesprochenen Begriff "Integration" als irritierend.** Die Ursache der Irritationen liegt in der Unverträglichkeit bzw. Inkompatibilität von Sinn und Intention des Begriffs selbst. Die in der Theorie (Integrationskonzepte, wissenschaftliche Studien, politische Grundsätze) formulierten Ansprüche stimmen nicht mit den umgesetzten Maßnahmen und erlassenen restriktiven Gesetzen überein. Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte 2013 bei der Veröffentlichung des Zwischenberichts zum Stand des "Nationalen Aktionsplans" für mehr Teilhabe und Respekt plädiert und erklärt, dass der Begriff "Integration" nicht mehr zeitgemäß sei².

Der Begriff "*Integration*" — **Ein Teil geht in das Ganze über, das Ganze aber nicht in den Teil** — schließt folglich die Beschreibung eines ganzheitlichen, wechselseitigen und gleichberechtigten Prozesses gänzlich aus und ist deshalb dafür ungeeignet. Das weitere



Die veränderten politischen Kräfteverhältnisse haben direkte Auswirkungen auf die Form und Inhalte des politischen Diskurses und damit auf den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Verwenden des Begriffs, auch wenn dies nur aus pragmatischen Motiven weiter geschehen soll, **ist aus den aufgeführten Gründen nicht haltbar. Ich schlage deshalb vor, den Begriff durch "Zusammenhalt der Gesellschaft" zu ersetzen.** Folglich muss sich die Debatte im Beirat vor allem um die daraus für die Gesellschaft ableitbaren Aufgaben und Verpflichtungen drehen.

"Zusammenhalt der Gesellschaft" betont die gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Dies würde die gewünschte "Politik der Augenhöhe" zwischen allen AkteurInnen unterstreichen. **Es bedarf daher den geeigneten politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, um die Partizipation dialogbereiter Menschen mit und ohne**

Migrations- und Fluchtbiographien sowie die Bildung demokratisch legitimierter Partizipationsstrukturen bis hin zu Lokalbeiräten auf Amtsebene zu fördern.

¹ <https://loewenherz-ityoppya.org/Oeffentlichkeitsarbeit>

² www.welt.de/politik/deutschland/article116603780/Merkel-haelt-den-Begriff-Integration-fuer-veraltet.html

- ◆ Wenn ich die menschenrechtsverachtende Art der Wohnzustände von geflüchteten Menschen in den Sammelunterkünften und deren daraus resultierende physische und psychische Belastungen registriere,

- ◆ Wenn ich hingegen in der Niederschrift über die öffentliche 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Arbeitsförderung am 08.10.2020 den Satz "**....dass die Reinigung zur Wohnfähigkeit dazugehört, das müssen viele Flüchtlinge erst lernen. Deshalb sind die GZA sehr wichtig.**" lese,



- ◆ Wenn ich bestimmte Nachrichten über menschenrechtsverachtende, rassistisch diskriminierende, beleidigende und diffamierende Umgänge von einigen SozialarbeiterInnen mit Geflüchteten übermittelt bekomme,

- ◆ Wenn ich die quasi unzureichende bis hin fehlende soziale Betreuung und Rechtsberatung u.a. aufgrund der nicht proportionierten Verhältnisse zwischen SozialarbeiterInnen und geflüchteten Menschen in den einzelnen Sammelunterkünften wahrnehme,

4

- ◆ Wenn ich die Ablehnung, die Vorbehalte und die Ängste in unserer Gesellschaft gegenüber den geflüchteten und migrierten Menschen — die EntscheidungsträgerInnen kommunaler Angelegenheiten sind Teil und Reflektion dieser Gesellschaft —, verbunden mit Missständen, Chancenungleichheiten, Menschenrechtsverletzungen, rassistischen Äußerungen, Diskriminierungen bzw. Diffamierungen feststelle,
- ◆ Wenn ich kürzlich den PNN-Artikel vom 07.12.2020 — "**Unsolidarisch während der Flüchtlingskrise, Landesrechnungshof kritisiert Potsdam-Mittelmark**" — lese,
- ◆ Wenn ich als ein Beispiel die mir zugesendeten E-Mails am 08.01.2021 mit einer zur Abstimmung vorliegenden Vorlage zur Einrichtung einer "**Gemeinschaftsunterkunft**" in Schmerwitz wahrnehme bzw. am 10.01.2021 mit Bilderanhang über die Mängel der 2-Zimmerwohnung der 5-köpfigen geflüchteten Familie in Preußnitz erhalte

und viele weitere mir bekannte Probleme der geflüchteten Menschen wie eingeschränkte Zugänge zur Ausbildung und zum Arbeitsmarkt etc. erzählt bekomme, liegt mein Fokus darauf, **an die engagierten BürgerInnen, wohnhaft im Landkreis, zu appellieren, uns der Verantwortung zu stellen, gemeinsamen Raum zum aktiven Handeln gegenüber anstehenden gesellschaftlichen Missständen zu schaffen.** Gestatten Sie mir die

Kontaktaufnahme, gemeinsam mit dem Aufbau eines breiten, kompetenten, selbstständigen Netzwerkes auseinanderzusetzen.

Ich fordere die im Kreistag vertretenen Parteien auf, — **in Hinblick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt mit dem Sinn der gesamtgesellschaftlich zu übernehmenden Verantwortung — die restriktive Bestimmung in Artikel 22 u.a. Absatz 7 der Hauptsatzung des Landkreises aufzuheben:**

- ◆ um eine ehrlich und konsequent gemeinte Partizipation von Zugewanderten in allen gesellschaftlichen Bereichen, v.a. auf kommunalpolitischer Ebene wie "*Integrations-*"Beirat etc. gezielt zu fördern³.

Die Forderung ergebend aus der Grundlage des Grundgesetzes ist nämlich: **Die Schaffung stärkerer demokratischer und folglich gleichberechtigter Strukturen**, die alle Bevölkerungsgruppen einbindet. Folglich müssen dringend geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche geeignete Antworten u. a. auf die folgende Schlüsselfrage und so auf die strukturellen und rechtlichen Anliegen⁴ geben:

"Wie gelingt es uns, dass der Beirat als bedeutendes Gremium in der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts eine Anerkennung sowie eine Aufwertung dessen Rolle und Mitwirkungsrechte erfährt?"

- ◆ um im Rahmen einer grundlegenden **Reformierung des Beirates die legitimierte Vertreter*innen der Menschen mit Flucht- und Migrationsbiographien im Beirat durch die Wahl der Wahlberechtigten der Zugewanderten** — gemäß Artikel 22 Absatz 1 der Hauptsatzung des Landkreises — zu bestimmen und die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.



Es ist längst an der Zeit, dass dem Beirat den hohen und bedeutenden Stellenwert in dessen aktiven Mitwirkungsrechten im Kreistag und in dessen Ausschüssen eingeräumt wird.

- ◆ um die **Chancengleichheit** für alle Bürger*innen, **gerechte Rahmenbedingungen** und folglich die lokale Demokratie im Landkreis herzustellen.

Es ist deshalb notwendig, Raum für einen sachlichen und gleichberechtigten Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppierungen zu schaffen.

³ **Gonzalez D., Bluhm H., Mulugeta E. (2020):** Vom informellen Selbsthilfenetzwerk zur geförderten Migrantenselbstorganisation. In: Projekt-Abschlusspublikation "Stimmen für die Vielfalt. Perspektiven und Ansätze im Bereich der Migration, Integration und Teilhabe in Brandenburg" (Hrsg.): Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V., Potsdam S. 37 – 40

⁴ <https://www.mhkbgr.nrw/sites/default/files/media/document/file/FAQ%20Integrationsräte%20und%20-ausschüsse%20-%20März%202019.pdf>

Sie als Abgeordnete oder Abgeordneter müssen die Frage beantworten, wie eine Einbindung des Beirats in die themenspezifischen Sitzungen bzw. politischen Entscheidungsprozesse in dem Kreistag, seinen Ausschüssen und der Verwaltung gewährleistet werden kann. Zu betonen ist hierbei, dass die KommunalpolitikerInnen und Verwaltungsangestellten die Präsenz aller Gesellschaftsgruppen wie eingewanderter Gruppierungen als Teil der Gesellschaft und die Wichtigkeit derer sozio-politischer Partizipation wahrnehmen, anerkennen und wertschätzen. Deshalb bedarf es eines notwendigen Politikwandels zum Beachten und Respektieren der Belange und der Sorge der eingewanderten Bevölkerungsgruppen.

**Die Welt ist
in Bewegung,
Veränderung,
und Aufruhr.
So auch unser
Landkreis.
Dies schafft
Verunsicherung
und ruft
Ängste hervor.**

Abschließend gestatte ich mir als Wissenschaftler, eine persönliche Feststellung zum Ausdruck zu bringen: Die Folgen des Klimawandels zwingen Menschen zur Flucht; Überall auf der Welt sind Menschen vor regionale Destabilisierung und Konflikte, Kriege, Umweltzerstörung, Perspektivlosigkeit... auf der Flucht — **Auch Deutschland ist maßgeblich historisch und politisch verantwortlich und schuldig an der Flucht, Vertreibung und dem Terror** — Deshalb haben die KreistagsabgeordnetInnen mit den obigen Problemen verpflichtend und verantwortend umzugehen und zu handeln.

Denn unser Wohlstand — Macht- und wirtschaftspolitische Interessen — ist eine zentrale Fluchtursache!

Krise — Klimawandel, Migration, Populismus, Pandemie —, der beim Bumerang zu beobachtende Effekt.

Ich bin bereit, an der notwendigen Debatte konstruktiv teilzunehmen und die Beschlüsse auf dem Weg zu bringen, die notwendig sind, um die Instrumente zum Aufbau des Beirats grundlegend zu reformieren.



Borkheide, 20.01.2021

Loewenherz e.V.
Erikaweg 23, 14822 Borkheide
Tel.: 049 (0)15172104453
www.loewenherz-ityoppya.org
Steuer-Nr.: 048/142/03897